

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/82

Bad Godesberg, den 2. Mai 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen  
1 52

Lebensgefährlicher Rückstand

Europa und der technologische Fortschritt

Von Egon C. Heinrich

2a 45

Soviel wie möglich für Deutschland retten

Zum Bonner Kongreß ostdeutscher Landesvertretungen

2 - 3 68

Manipuliertes Elternrecht

Sonderbare Praktiken des bayerischen Kultusministeriums

4 52

Willy Brandt und Skandinavien

Von Karl Kern, Malmö

5 - 7 74

Die Verschärfung des Krieges in Vietnam

Weitere 50 000 US-Truppen erwartet

Von unserem nach Saigon entsandten Korrespondenten H. E. Koch

Bitte beachten Sie unsere neue Anschrift !

532 Bad Godesberg, Kölnerstraße 108-112, Vorwärtshaus  
Telefon: 76617 / 76618 - Telex: NVVD 0885603

## Lebensgefährlicher Rückstand

### Europa und der technologische Fortschritt

Von Egon C. Heinrich

Was können die europäischen Länder tun, um ihren technologischen Rückstand gegenüber den USA und die Abwanderung europäischer Wissenschaftler und Techniker zu verringern? Diese für die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wirtschaft lebensnotwendige Frage stand im Mittelpunkt eines Kolloquiums zwischen Mitgliedern des US-Kongresses und der Beratenden Versammlung des Europarats in Straßburg.

Auf dem Hintergrund des Atomsperrvertrags drehte sich die Diskussion vor allem um die technologische Kluft (technological gap), die Abwanderung europäischer Experten (brain drain) und um die hohen US-Investitionen in Europa. Es besteht die Gefahr, daß Europa in der Technologie immer weiter zurückfällt und dadurch nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich in die Abhängigkeit der Weltmächte gerät. Allein schon die Zahlen sind ein deutlicher Beweis. So waren 1962 in den USA 1,6 Millionen Menschen in Forschung und Entwicklung tätig, in England 211 000, in Frankreich 114 000 und in der Bundesrepublik 142 000. Das ergibt einen Promille-Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten von 10,4 in USA, 6,7 in England, 3,8 in Frankreich und 3,9 bei uns. Die USA geben 3,1 Prozent, England 2,2 Prozent, Frankreich 1,5 Prozent und die Bundesrepublik 1,3 Prozent ihres Bruttosozialproduktes für Forschung aus. Das europäische Defizit beim Austausch von Patenten und Lizenzen betrug 1962 eine Milliarde DM, es wird für 1967 auf fünf Milliarden DM geschätzt.

Auch die Abwanderung europäischer Experten hat bedenklich zugenommen. Von 1956 bis 1961 gingen im Jahresdurchschnitt 66 englische, 425 deutsche, 136 schweizerische, 106 schwedische, 82 französische, 78 norwegische und 71 italienische Wissenschaftler und Techniker in die USA. Die Investitionsbilanz zwischen Europa und USA ist auf den ersten Blick ausgeglichen. In der Art der Anlage besteht aber ein wesentlicher Unterschied. Die Europäer legen in Amerika kurzfristige Gelder an oder kaufen Zinspapiere. Die USA investieren dagegen direkt in europäische Unternehmen. 1965 erreichten die direkten US-Investitionen in Europa 14 Milliarden Dollar, umgekehrt nur sechs Milliarden Dollar. Das US-Kapital wird außerdem gezielt in Wachstumsindustrien, vor allem in der Elektronik, eingesetzt. - Nun sind die Europäer nicht etwa technologisch unbegabter als die Amerikaner. Diese verdanken ihren Vorsprung vielmehr den höheren privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung, Wissenschaft und Ausbildung, ihren größeren Industrie- und Markteinheiten und der engen Zusammenarbeit zwischen Großunternehmen, Universitäten und öffentlichen Forschungsinstituten. Außerdem sind die USA in der kommerziellen Auswertung ihrer Forschungsergebnisse besser geschult und schneller. Auf lange Sicht wird nur ein vereinigtes Europa ein gleichwertiger Partner der Weltmächte sein können.

Von den 150 Europa-Parlamentariern wurde daher mit Nachdruck der Vorschlag von Premierminister Wilson unterstützt, eine europäische technologische Gemeinschaft zu gründen. In ihr sollen die wissenschaftlichen und technologischen Mittel Europas zusammengefaßt werden. Ebenso wurde eine Erweiterung der EWG, ein europäischer Kapitalmarkt, ein europäisches Gesellschaftsrecht und internationale Unternehmensfusionen europäischer Größenordnung gefordert. Der Europarat war sich indessen bewußt, daß es neben der technologischen Kluft Europa-USA den noch weit größeren Unterschied zwischen den reichen Industrienationen und den Entwicklungsländern gibt.

Soviel wie möglich für Deutschland retten

Zum Bonner Kongreß ostdeutscher Landesvertretungen

sp - Die in Landsmannschaften organisierten Vertriebenen und Flüchtlinge, mehr als ein Viertel der in der Bundesrepublik lebenden Bevölkerung, gehören heute zu den stabilsten Elementen der neuen deutschen Demokratie. Sie haben mit am schwersten erfahren und miterleben müssen, was Krieg und Vertreibung, Ausfluß eines nehmungslosen Völkermasses, bedeuten. Dennoch sind sie nicht Opfer der Verzweiflung und nationalistischer Ressentiments geworden. Der Geist der Versöhnung und des Friedens mit allen Völkern, auch und gerade mit den schwergeprüften östlichen Nachbarn, ist bei ihnen wohl zu Hause und bestimmt ihre Haltung in den Lebensfragen unseres gespaltenen Volkes.

Die einstige Spekulation eines Stalin, durch die Vertreibung Millionen Menschen, die seit Jahrhunderten in den Vertreibungsgebieten wohnten, einen ständigen Unruheherd in der Mitte Europas zu schaffen, ging nicht in Erfüllung. Wäre sie erfüllt worden, wo stünden wir heute? So blieb der innere Zusammenhalt unseres Volkes bewahrt, es taten sich keine Klüfte zwischen Einheimischen und Vertriebenen und Flüchtlingen auf. An diesem Werk des inneren Ausgleichs haben Männer wie der im Herbst vorigen Jahres tödlich verunglückte Wenzel Jaksch einen hervorragenden Anteil. Er war es auch, der der deutschen Ostpolitik durch seinen nach ihm benannten Jaksch-Bericht belebende Impulse, Kontur und Inhalt gab.

Der Wille zur Versöhnung und Verständigung mit den Völkern und Staaten des Ostens beherrschte die Tagung der ostdeutschen Landsmannschaften am letzten Wochenende in der Bonner Beethovenhalle. Das war keine Versammlung von Revanchisten und Kriegstreibern. Bundeskanzler Kiesinger, Außenminister Willy Brandt und all die anderen Redner sprachen von Entspannung, versicherten dabei eindrucksvoll und überzeugend, daß es keine Politik geben könne, die hinter dem Rücken der Vertriebenen und Flüchtlinge erfolgt. Das wäre die Aufspaltung der Nation. Am Dialog über die deutsche Zukunft nehmen auch die Landsmannschaften teil, deren Wort Gewicht hat. Soviel wie möglich für Deutschland retten, das bedeutet auch, sich im Hinblick auf die Realisierbarkeit noch so begründeter Ansprüche keinen falschen Hoffnungen hinzugeben. Aber keine Regierung kann bedingungslos hinnehmen, was einseitig zu Lasten Deutschlands vorentschieden wurde, "jene immer wieder von uns geforderte extreme Vorleistung wäre eine Mißachtung des Rechtsempfindens" - so Willy Brandt.

In der Deutschlandfrage kommen wir nur millimeterweise voran, und es gehört viel Geduld und Beharrlichkeit dazu, diesen Weg unbeirrt zu beschreiten. Das wissen auch die Landsmannschaften. Sie bejahen das ostpolitische Konzept der neuen Bundesregierung, sie lassen sich nicht beunruhigen durch die wilden Anklagen, denen sie von mancher kommunistischen Seite ausgesetzt sind. Sie wirken mit am großen Werk der Versöhnung und des Aufbaus einer Friedensordnung, die die Wiederholung schrecklicher Tragödien der Vergangenheit ausschließt.

## Manipuliertes Elternrecht

---

### Sonderbare Praktiken des bayerischen Kultusministeriums

E. W. - In einer deutschen Großstadt kam es vor einigen Tagen zu einem höchst sonderbaren Schauspiel: Bedienstete der Stadt Regensburg postierten sich vor die Volksschulen und verteilten nach Schulschluß an die Kinder Briefumschläge. Sie waren für die Eltern bestimmt und enthielten Formulare, mit denen die Umwandlung von Bekenntnisschulen in christliche Gemeinschaftsschulen beantragt werden kann. Die Stadtverwaltung sah sich zu dieser außerordentlichen Maßnahme gezwungen, weil das bayerische Kultusministerium die Verteilung durch die Schulleiter und auch durch die von der Stadt angestellten Schulhausmeister in den Schulen untersagt hatte. Der Name des betreffenden Beamten heißt nach einer Auskunft, die die Stadtverwaltung erhalten hat - nomen est omen - Spätling.

Nach der bayerischen Verfassung ist die Bekenntnisschule die Regelschule. Gemeinschaftsschulen können nur auf Antrag errichtet werden. Durch das neue Volksschulgesetz wurde das Verfahren wesentlich geändert. Es sieht nun vor, daß auf Antrag von 25 Erziehungsberechtigten eine geheime Abstimmung stattfindet. Wenn sich mindestens 50 Prozent der Erziehungsberechtigten daran beteiligen und davon zwei Drittel für die christliche Gemeinschaftsschule stimmen, wird sie errichtet.

Obwohl das Volksschulgesetz bereits Mitte Oktober des vorigen Jahres beschlossen wurde, erschien die Rechtsverordnung, die das Antrags- und Abstimmungsverfahren über die Umwandlung von Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen festlegt, erst in der vorletzten Woche. Trotzdem wurde der Schlußtermin für die Einreichung der Anträge bereits auf dem 2. Mai festgelegt. Da eine Unterrichtung der Eltern durch die Schulverwaltungen nicht vorgesehen und auch nicht erfolgt ist, verbürgt bereits diese Maßnahme, daß die Antragsmöglichkeit in vielen Fällen gar nicht wahrgenommen werden kann.

Aber nicht nur das brachte der Rechtsverordnung den Namen "Verordnung zur Verhinderung des Elternrechts" ein. Sie ist voller Fußangeln, die ganz offensichtlich das Ziel haben, die vom Gesetz vorgeschriebene Mindestbeteiligung von 50 Prozent der Erziehungsberechtigten möglichst zu verhindern.

Das Abstimmungsverfahren wurde weitgehend an die Wahlordnungen für Gemeinde- und Parlamentswahlen angeglichen, allerdings mit bezeichnenden Ausnahmen. So werden die Stimmberechtigten über das Stattfinden der Wahl sowie über Ort und Zeit nicht durch schriftliche Wahlbenachrichtigungen unterrichtet, die bei jeder anderen Wahl vorgeschrieben sind. Es erfolgt nur ein öffentlicher Aushang, den in der Regel niemand liest. Zur Wahl müssen beide Elternteile erscheinen. Kommt nur ein Ehegatte, muß er eine schriftliche Vollmacht des anderen vorweisen, sonst darf er an der Abstimmung nicht teilnehmen. Während bei einer Parlamentswahl nur auf besonderes Verlangen Ausweispflicht besteht, ist sie hier zwingend vorgeschrieben, obwohl der als Wahlvorstand tätige Schulleiter die meisten Eltern kennt. Die von der CSU bei politischen Wahlen als besonders demokratisch gepriesene Briefwahl gibt es bei der Abstimmung über die Errichtung von Gemeinschaftsschulen nicht.

Die vielen Unterschiede zu den politischen Wahlen sind leicht erklärlich: Bei einer Parlamentswahl geht es darum, alles so einfach wie möglich zu machen, damit es zu einer hohen Wahlbeteiligung kommt; bei der Abstimmung über die Errichtung christlicher Gemeinschaftsschulen werden so viele Hürden aufgebaut, damit die für den Erfolgsfall vorgeschriebene Mindestbeteiligung von 50 Prozent nicht erreicht wird.

Die Herren im bayerischen Kultusministerium, denen anscheinend nichts entgangen ist, um den Erziehungsberechtigten die Teilnahme an der Abstimmung zu verleiden, sind allerdings äußerst kurzsichtig. Sie haben nicht nur deutlich gemacht, was sie wirklich vom Elternrecht halten, sondern sie haben damit auch ein Präjudiz geschaffen. Wenn nämlich die von der SPD erstrebte Verfassungsänderung beschlossen werden sollte, würde die christliche Gemeinschaftsschule zur Regelschule, während Bekenntnisschulen auf Antrag zu errichten wären. Das bayerische Kultusministerium wird dann Mühe haben, der Bevölkerung die Gründe zu erläutern, warum das Antrags- und Abstimmungsverfahren doch anders sein müßte. Die SPD wird allerdings ihre jetzige Meinung aufrecht erhalten, daß man die Entscheidung der Eltern nicht durch kleinliche Schikanen behindern dürfe.

## Willy Brandt und Skandinavien

---

Von Karl Kern, Malmö

Am 26. April zeigte das schwedische Fernsehen Ausschnitte aus dem politischen Leben in der Bundesrepublik. Die Sendung wurde eingeleitet mit einem Bericht über den Wahlkampf in Schleswig-Holstein. Man hörte Sprecher der NPD - im Rednerstuhl und von Zeitungsleuten befragt. Ihre Reden und Antworten weckten dasselbe Unbehagen wie die Störungen, denen ihre Versammlungen ausgesetzt waren. Schiefen Ansichten, so meint man in Norwegen, kann man nicht beikommen, indem man ihre Verkünder am Sprechen hindert.

Die schwedischen Reporter folgten jedoch auch Willy Brandt bei seiner Wahlreise durch Schleswig-Holstein. Das Gespräch, das der schwedische Fernsehreporter in Bonn, Göran Byttner, anschließend mit ihm hatte, entschädigte reichlich für die Mißtöne, die im ersten Teil der Sendung erschreckten.

Es handelte sich ganz offensichtlich nicht um ein vorbereitetes Gespräch. Brandts Antworten führten zu neuen Fragen, und schwedische Ausfrager scheuen sich nicht vor dem Versuch, wen immer aufs "Glatteis" zu führen. Nun beherrscht Willy Brandt das Norwegische so meisterhaft, daß er auch auf die verfänglichsten Fragen unmißverständlich und direkt antworten konnte; es ging also keine Schattierung durch Übersetzen verloren. Brandt scheute sich nicht, zu sagen, daß die Bundesrepublik an ihrer Ansicht festhalte, die Atomforschung für friedliche Zwecke dürfe den Deutschen nicht vorenthalten werden. "Ich sage das auch auf die Gefahr hin, daß ich für einen Nationalisten gehalten werde." Die Klarheit dieser Antwort und die Art ihres Vorbringens bürgen dafür, daß Willy Brandt mit jeder Gefahr nicht zu rechnen braucht.

Vizekanzler Brandt ließ keinen Zweifel darüber, daß die Berührungspunkte zwischen der Bundesrepublik und dem anderen Teil Deutschlands vermehrt werden können, ohne daß dabei politische Fragen berührt werden. Hier handelt es sich um den guten Willen - den der Bundesrepublik braucht die Welt tatsächlich nicht zu bezweifeln. Brandt legte dar, wie "die kleinen Schritte" beschaffen sein können und jeder Hörer hat ihn wohl verstanden. Wichtiger jedoch waren seine klaren und klugen Antworten auf die Hauptfragen: nämlich nach der Wiedervereinigung Deutschlands und der Oder-Neiße-Grenze.

Die Wiedervereinigung sei nicht eine Frage, die allein von den Wünschen und Absichten Ulbrichts und seiner Partei auf die Dauer entschieden werde; es könne sehr wohl allmählich auch der Fall eintreten, daß die Wünsche und Absichten der Zonen-Regierung mit denen der Sowjetunion nicht übereinstimmen. - Was aber das Verhältnis mit Polen betreffe, so wolle Polen ja nicht allein die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik, sondern die Anerkennung zweier Grenzen, nämlich auch der, die quer durch Deutschland geht. Diese Forderung sei jedoch unsinnig und unmöglich. Die Bundesrepublik grenze ja nicht an Polen. Was über die Behauptung betreffe, daß das Bestehen der Zone als eines selbständigen Staates die Stabilität und die Sicherheit Polens und damit Europas vermehre, so ist zu sagen, die Sicherheit Polens werde nicht größer dadurch, daß Polen im Westen wie im Osten an die Sowjetunion grenzt.

Diese in diplomatischem Klartext vorgetragene Bemerkung war der Gipfelpunkt dieses Gesprächs, das Willy Brandt als einen Meister des ungezwungenen Gedankenaustausches in Lebensfragen Deutschlands und Europas erscheinen ließ.

## Die Verschärfung des Krieges in Vietnam

Weitere 50 000 US-Truppen erwartet

Von unserem nach Saigon entsandten Korrespondenten E. E. Koch

Militärische Beobachter der SEATO halten es für "nahezu unausweichlich", daß die Zahl der in Südvietnam eingesetzten amerikanischen Truppen noch 1967 ungefähr 600 000 betragen und 1968, wenn zur friedlichen Regelung des Konflikts nicht komme, annähernd 700 000 oder mehr betragen werde. Bemerkenswert ist die Feststellung: "Die Sowjetunion steht vor der Entscheidung, daß sie innerhalb der nächsten sechs Monate Waffen im Werte von 3,2 Milliarden DM dem Regime in Hanoi zur Verfügung stellen muß, wenn das Wort der Führung im Kraml überhaupt noch Geltung haben soll".

Mit diesen Waffen, und zwar mit noch mehr MIG-Jagdbombern und einer weit größeren Zahl von SAM-Raketen als bisher und entsprechend mehr Abschußbasen, ferner mit weittragenden Mörsern und Kurzstreckenraketen von 150 Kilometer Reichweite, können die regulären nordvietnamesischen Truppen und ebenso der Vietkong ihrerseits die Schraube der Escalation stark anziehen. Es liegt durchaus im Bereich der an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit, daß sie auch die größten Städte in Südvietnam, die in der Hand der Regierung Cao Ky sämtlich Basen für den Nachschub sind, unter Feuer nehmen, sie bombardieren werden. Von seiten der Amerikaner hat der Krieg die zusätzliche Verschärfung bereits erfahren. Die systematische Zerstörung der Industrieanlagen und wichtigsten Häfen im Delta des Roten Flusses wird indes vielleicht Rotchina einmal mehr auf den Plan rufen: Es dürfte eine gleichfalls an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit eintreten, daß Zehntausende verkappter "Volksbefreiungsarmisten" mehr, "Pioniere", nach Nordvietnam einströmen. Die Machthaber in Peking können nochmals die Ausrede anwenden, die chinesischen Soldaten würden lediglich der Wiederherstellung des zerstörten Netzes der Verkehrsverbindungen dienen und dem notdürftigen Aufbau der zerbombten Kraftwerke und lebenswichtigen Industrien.

### Wachsende Infiltration

Die Tatsache bleibt indes bestehen, daß ein, wenn auch zunächst bescheidener, immerhin jedoch bereits ungefähr 80 000 bis 100 000 Mann umfassender Aufmarsch der angeblichen "Pioniere" aus Rotchina stattfindet.

Wenn nicht aller Schein trügt, sind drei bis vier Divisionen regulärer nordvietnamesischer Truppen bereits innerhalb der demilitarisierten Zone nahe dem 17. Breitengrad aufmarschiert. Die Infiltration hält weiterhin an. Dieser kommunistische, von den Sowjets unterstützte Aufmarsch hat ernste Bedeutung. Zweifellos sollen die nördlichen Provinzen Südvietnams noch im Sommer 1967 "befreit", von Nordvietnam okkupiert werden.

Vo Nguyen Giap hat mehrfach und noch in jüngster Vergangenheit "Schlachten in der Art von Dien Bien Phu" angekündigt. Giap, der

Oberkommandierende der nordvietnamesischen Streitkräfte, Sieger von Dien Bien Phu, will es offensichtlich - und gewiß unter dem wachsenden Druck der amerikanischen Escalation - auf Entscheidungsschlachten ankommen lassen. Die Frage bleibt offen: Ist Giaps Strategie nicht überholt? Materialschlachten müssen 1967 nicht mehr à la Dien Bien Phu in der Aufreibung eines dem Klima und allen anderen Umständen nicht gewachsenen Gegners im Bodenkrieg auslaufen. Sie können zum erheblichen Teil jedenfalls aus der Luft geführt werden. Die These Ho Tschü Minhs, die Mao Tse-tung übernommen hat, "Locke den Feind tief hinein!", ist allmählich auch den Amerikanern aufgegangen. Sie denken gar nicht daran, den Chinesen, Nordvietnamesen und den Sowjets diesen Gefallen zu tun.

"Dann steht ein heißer Sommer bevor"

Dennoch ist es richtig: Der Vietnam-Krieg treibt gegenwärtig wichtigen, vielleicht entscheidenden Phasen zu. Sie würden - auch im durchaus zutreffenden Urteil des SEATO-Beobachters - keineswegs aber sein nahes Ende bedeuten. In Washington hat ein Mitglied des ZK der KPdSU, Yuri Schukow, in diesen Tagen darüber keinen Zweifel gelassen. Schukow übermittelte Johnson eine inoffizielle, dennoch wichtige Botschaft, eine Warnung der Führung der Sowjetunion: "Moskau wird mit jeder Art von Escalation der USA Schritt halten und Hanoi alle Hilfe geben, um die es bittet"! Johnsons Ratgeber teilten Schukow, er ist übrigens auch Kommentator der "Prawda", die Antwort Johnsons mit: "Ob Sie wissen, daß 62 Prozent des Volkes der USA die Escalation des Krieges wünscht? Die USA hat alles für den Frieden getan, jedes Angebot, das auf eine ehrenvolle Lösung hinzielte, ist von Hanoi zurückgewiesen worden. Wir wollen auch jetzt den Frieden, und um ihn zu erreichen, werden wir den Kampf fortsetzen. Die Escalation sieht immer stärkere Bombardierungen des Nordens vor". Darauf Schukow: "In that case it looks like a hot summer". ("Dann steht ein heißer Sommer bevor!")

Die Gleichheit der Ansichten Vo Nguyen Giaps und der Sowjets wird offensichtlich. Schukow meint gewiß, daß auch die SAM-Raketen im verstärkten Einsatz eine Vervielfachung der amerikanischen Verluste bewirken werden. Diese Entwicklung, so hört man es in Saigon, liegt durchaus im Sinne der Chinesen. Denn Peking wünscht die sowjetisch-amerikanische Konfrontation. Moskau dürfte sie allerdings weit weniger wünschenswert erscheinen. Aber warum dann die sowjetischen Waffenlieferungen und noch dazu in diesem Umfang? Hanoi soll die umfangreichste Waffenhilfe erhalten, die ihm je gewährt wurde, den Wert von 800 Millionen Dollar innerhalb weniger Monate. Zweifellos wird aber damit gleichfalls der Einfluß der Sowjetunion auf das Regime Ho Tschü Minhs immer stärker. Ein maßgebender britischer Diplomat meint dazu: "Bisher war der Einfluß der Russen in Hanoi schwankend und auf jeden Fall nicht entscheidend. Das scheint nunmehr anders zu werden. Die Sowjets dürfen ihre Waffen wohl dosiert verteilen und sich vor der Konfrontation mit den USA hüten. Mit dem stärkeren Einfluß der Sowjetunion in Nordvietnam können schließlich doch die Chancen eines Verhandlungsfriedens wachsen."



Allerdings können auch darüber noch Jahre hingehen".

Es ist erstaunlich, daß der Vietkong immer von neuem seine Rekrutierungen zustande bringt. Die kommunistischen Kräfte im eigenen Südvietnam, von der demilitarisierten Zone abgesehen, sollen mehr als 300 000 Mann betragen. Die drei nordvietnamesischen Divisionen im Norden dürften demnach die kommunistische Streitmacht auf fast 400 000 Mann, Reguläre und Irreguläre, erhöhen.

Über die tatsächlich erreichte Zahl an Kämpfern im kommunistischen Aufmarsch südlich des 7. Breitengrades gibt es nur eine ungefähre Vorstellung. Vermutlich stehen im südvietnamesischen Norden, nahe der Küste und vor allem in dem vom dichten Dschungel bestandenen Bergland, lediglich Teile unbestimmter Divisionen; man spricht von sieben.

### Schwere Kämpfe zu erwarten

Ein dem Regierungschef in Saigon, Cao Ky, nahestehender südvietnamesischer Diplomat stellt es entschieden in Abrede, daß weiterhin monatlich etwa 7 000 nordvietnamesische Reguläre in den Süden einsickern. Es seien, eine Folge der Bombardements, "höchstens noch zweieinhalb bis dreitausend". Ist das blinder Zweckoptimismus der Ratgeber Cao Kys? Es kommt weniger auf die Infiltration der kommunistischen Soldaten im Delta des Mekong an als auf das sich im Norden formierende Aufgebot. Zweifellos finden die kommenden schweren Kämpfe im Norden - einschließlich der demilitarisierten Zone des Genier Abkommens von 1954 - statt. Auch amerikanische Beobachter stimmen darin überein, daß es die schwersten Kämpfe im bisherigen Ablauf des Vietnamkriegs sein werden. Der "heiße Sommer", wie es Schukow in Washington zum Ausdruck brachte, läßt also nicht auf sich warten. Es scheint durchaus möglich, daß sich dieser Sommer noch weitaus heißer gestaltet, als es die Sowjets voraussehen. Denn das Bombardement der nordvietnamesischen Eisenbahnverbindungen nach Rotchina hat bereits begonnen. Rangierbahnhöfe dicht an der rotchinesischen Grenze, werden systematisch bombardiert. Dean Rusk hat es mehrfach in Übereinstimmung mit Johnson zum Ausdruck gebracht: Es gibt künftig keine kommunistischen Sanktionen. Angesichts der offensichtlich beabsichtigten Verstärkung des Nachschubs für Reguläre und Guerillas aus Nordvietnam wächst die Gefahr der Bombardierung der rotchinesischen Umschlagplätze, so sehr auch Johnson darauf bedacht bleibt, den Krieg nicht über Vietnam hinauszudehnen.

Die Kosten dieses Krieges sind Jahr für Jahr seit 1960 um fünf Milliarden Dollar gestiegen, sie nähern sich 1967 nunmehr 25 Milliarden Dollar und werden eine weitere Steigerung mit der Erhöhung der amerikanischen Truppenzahl erfahren. Die steil aufwärts steigende Kurve dieses Aufwands bedeutet eine Warnung an die sowjetische Führung und ohnedies an Rotchina. Das kommunistische Kalkül in Vietnam oder ganz Südostasien wird auf keinen Fall aufgeben.

+ + +